

Diözesanrat im Bistum Eichstätt

Eichstätt, den 28.04.2021



Nach dem Inkrafttreten des UN-Vertrages für das Verbot von Atomwaffen am 22. Januar 2021 fordert der Diözesanrat im Bistum Eichstätt einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland

Der Diözesanrat im Bistum Eichstätt unterstützt das Atomwaffenverbot und fordert die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Darin sieht der Diözesanrat einen Beitrag, um den Sicherheitsinteressen für unser Land gerecht zu werden und gleichzeitig einen erkennbaren Beitrag zur Abrüstung zu leisten.

Der Vorstand des Diözesanrats stellt sich mit diesem Beschluss ausdrücklich an die Seite seines Mitgliedsverbands pax christi und unterstützt dessen Forderungen.

Begründung:

Am 22. Januar ist mit der Ratifizierung durch den 50sten Staat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. Zu dem Erstunterzeichnern gehörte der Vatikan. Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde 2017 bei den Vereinten Nationen verabschiedet und verbietet Herstellung, Weitergabe, Transfer, Stationierung und Drohung mit Atomwaffen. pax christi hat sich als Mitglied des internationalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses „ICAN“ seit vielen Jahren für dieses Ziel stark gemacht und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mit initiiert.

So erfreulich dieser Vertrag ist, so wenig praktische Auswirkung hat er, solange ihn die Atommächte ignorieren, und dies, obgleich „ICAN“ 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist dem Vertrag nicht beigetreten (anders als das Nachbarland Österreich).

Das Risiko einer Atomwaffendetonation – ob durch einen Unfall, Fehleinschätzung oder Absicht – nimmt täglich zu, da neue, kleinere, leichtere und wesentlich effektivere Arten von atomaren Sprengkörpern entwickelt werden und langjährige Rüstungskontrollabkommen aufgekündigt sind. Statt abzurüsten modernisieren aktuell die Atommächte ihre Arsenale und besitzen heute fast 14000 Atomwaffen. Deutschland ist bisher Mitglied aller multilateralen Abrüstungsverträge und sieht sich als Verfechter der Menschenrechte, von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Trotzdem sind weiter Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert und werden im Falle eines Falles von deutschen Piloten zum Einsatz gebracht. Solange sich Atomwaffen in den Arsenalen der Länder befinden wird pax christi sich für deren Abschaffung einsetzen.

Mit pax christi sehen wir uns als Diözesanrat Eichstätt mit unserer Haltung in der Tradition der katholischen Kirche. Schon im Jahr 1965 bewertete das II. Vatikanische Konzil in der Verlautbarung ‚Gaudium et Spes‘ den Einsatz von Atomwaffen als ‚Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen‘. Noch deutlicher wird Papst Franziskus. Bei seiner Ansprache zum Gedenktag in Hiroshima im November 2019 betonte er, dass nicht nur der Einsatz, sondern auch schon der Besitz von Atomwaffen unmoralisch sei. Die Politik der militärischen Abschreckung, sei es durch Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen, "vergiftet die Beziehungen zwischen den Völkern und verhindert jeden möglichen Dialog". Frieden und internationale Stabilitäten ließen sich nicht "auf der Angst gegenseitiger Zerstörung" aufbauen, sondern nur durch eine "globale Ethik der Solidarität und Zusammenarbeit", erklärte der Papst. Bei seinem Rückflug von Japan präziserte er: „Ich habe in Hiroshima betont, dass der Einsatz und sogar schon der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist – das muss in den Katechismus der Katholischen Kirche aufgenommen werden. Auch schon der Besitz von Atomwaffen, denn ein Zwischenfall oder die Verrücktheit eines Verantwortlichen kann die ganze Menschheit zerstören. Rüstungsausgaben, so der Hl. Vater, seien eine "himmelschreiende" Vergeudung angesichts weltweiter Armut und Klimaprobleme.